
**Bekanntmachung
des deutsch-aserbaidshanischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 9. September 2014

Das in Baku am 28. November 2013 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung Republik Aserbaidshan über Finanzielle Zusammenarbeit 2008 bis 2012 bezüglich der in diesem Zeitraum vereinbarten Vorhaben ist nach seinem Artikel 6

am 18. März 2014

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 9. September 2014

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dirk Schattschneider

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Aserbaidschan
über Finanzielle Zusammenarbeit 2008 bis 2012
bezüglich der in diesem Zeitraum vereinbarten Vorhaben

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Aserbaidschan –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Aserbaidschan,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Aserbaidschan beizutragen,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Aserbaidschan oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) folgende Beträge zu erhalten:

1. Unter Bezugnahme auf die Zusagenote der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Baku vom 15. Dezember 2003, damals noch zugunsten des Vorhabens „Stromverbund Baku-Tiflis“, ein Darlehen von bis zu 500 000 Euro für das Vorhaben „Kommunale Infrastruktur II, Phase 1“, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieses Vorhabens festgestellt worden ist;
2. Unter Bezugnahme auf das Protokoll der Regierungsverhandlungen vom 26. November 2008 einen Finanzierungsbeitrag von bis zu 4 Millionen Euro für das Vorhaben „Öko-regionales Naturschutzprogramm Südkaukasus, Phase 3, Naturreservat Zakatala“, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, dass es als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als selbsthilfeeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung oder als Maßnahme, die der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung der Frau dient, die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Aserbaidschan oder einem anderen von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Darlehensnehmer darüber hinaus, die folgenden vergünstigten Darlehen der KfW, die im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit gewährt werden, zu erhalten, wenn nach Prüfung die entwicklungspolitische Förderungswürdigkeit der Vorhaben festgestellt wurde, die gute Kreditwürdigkeit der Republik Aserbaidschan weiterhin gegeben ist und die Regierung der Republik Aserbaidschan eine Staatsgarantie gewährt, sofern sie nicht selbst Kreditnehmer wird:

1. a) Unter Bezugnahme auf das Protokoll der Regierungsverhandlungen vom 26. November 2008 bis zu 23 Millionen Euro für das Vorhaben „Offenes Programm Kommunale Infrastruktur II, Phase 2“ und zusätzlich noch
b) bis zu 20 Millionen Euro unter Bezugnahme auf die Verbalnote der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Baku vom 21. Juli 2011 für dasselbe Vorhaben.
2. a) Unter Bezugnahme auf das Protokoll der Regierungskonsultationen vom 4. Dezember 2009 bis zu 40 Millionen Euro für das Vorhaben „Offenes Programm Kommunale Infrastruktur II, Phase 3“ und zusätzlich noch
b) bis zu 17 Millionen Euro unter Bezugnahme auf die Verbalnote der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Baku vom 6. September 2012 für dasselbe Vorhaben.
3. Unter Bezugnahme auf das Protokoll der Verhandlungen zwischen der Delegation aus Aserbaidschan und der Delegation aus Deutschland vom 6. Dezember 2012 bis zu 120 Millionen Euro für das Vorhaben „Offenes Programm Kommunale Infrastruktur II, Phase 4“.
4. Unter Bezugnahme auf die Verbalnote der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Baku vom 16. Dezember 2010 bis zu 20 Millionen Euro für das Vorhaben „Programm Klimafreundliche Abfallwirtschaft“.
5. a) Unter Bezugnahme auf die Verbalnote der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Baku vom 16. Dezember 2010 bis zu 90 Millionen Euro für das Vorhaben „Offenes Programm zur Förderung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz“ und zusätzlich noch
b) bis zu 40 Millionen Euro unter Bezugnahme auf die Verbalnote der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Baku vom 21. Juli 2011 für dasselbe Vorhaben.

(3) Liegen bei dem in Absatz 1 Nummer 2 genannten Vorhaben die Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags nicht vor, so ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Aserbaidschan, für dieses Vorhaben ein Darlehen der KfW bis zur Höhe des vorgesehenen Finanzierungsbeitrags zu erhalten.

(4) Die in Absatz 1 Nummern 1 und 2 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Aserbaidschan durch andere Vorhaben ersetzt werden. Wird ein in Absatz 1 Nummer 2 bezeichnetes Vorhaben durch ein Vorhaben ersetzt, das als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als selbsthilfeeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung oder als Maßnahme, die zur Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung der Frau dient, die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt, so kann ein Finanzierungsbeitrag, anderenfalls ein Darlehen gewährt werden. Die in Absatz 2 genannten Vorhaben können nicht durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(5) Falls es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Aserbaidschan zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, von der KfW weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 und 2 genannten Vorhaben oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige

Begleitmaßnahmen zu deren Durchführung und Betreuung zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und den Empfängern der Darlehen und der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zusagen der in Artikel 1 Absatz 1 und 2 genannten Beträge entfallen, soweit nicht innerhalb von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehens- und Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Konkret endet diese Frist jeweils wie folgt:

- Für den in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1 genannten Betrag mit Ablauf des 31. Dezember 2011.
- Für die in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 2 und Absatz 2 Nummer 1 a) genannten Beträge mit Ablauf des 31. Dezember 2016.
- Für die in Artikel 1 Absatz 2 Nummer 2 a) und Nummer 5 b) genannten Beträge mit Ablauf des 31. Dezember 2017.
- Für die in Artikel 1 Absatz 2 Nummer 4 und Nummer 5 a) genannten Beträge mit Ablauf des 31. Dezember 2018.
- Für den in Artikel 1 Absatz 2 Nummer 1 b) genannten Betrag für einen Teilbetrag i. H. v. 10 345 000 Euro mit Ablauf des 31. Dezember 2019, für einen Teilbetrag i. H. v. 9 655 000 Euro mit Ablauf des 31. Dezember 2013.
- Für die in Artikel 1 Absatz 2 Nummer 2 b) und Nummer 3 genannten Beträge mit Ablauf des 31. Dezember 2020.

(3) Die Regierung der Republik Aserbaidschan, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der KfW alle Zahlungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

(4) Die Regierung der Republik Aserbaidschan, soweit sie nicht Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der KfW garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Aserbaidschan stellt die KfW von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 erwähnten Verträge in der Republik Aserbaidschan erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Aserbaidschan überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und

Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

(1) Die im Abkommen vom 1. April 2008 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Aserbaidschan über Finanzielle Zusammenarbeit 2006 – 2007 genannten Zusagebeträge werden unter Bezugnahme auf das Protokoll der Regierungskonsultationen vom 4. Dezember 2009 ganz oder teilweise in Form von Treuhandsmitteln der Bundesrepublik Deutschland dem Vorhaben „Aserbaidschanisches Fenster des Europäischen Fonds für Südosteuropa (ENBF)“ zugeführt:

1. Das Vorhaben „Wohnraummodernisierung“, für das bisher ein Darlehensbetrag in Höhe von 3 500 000 Euro vorgesehen war und das Vorhaben „Wohnraummodernisierung, Begleitmaßnahme“, für das bisher ein Finanzierungsbeitrag in Höhe von 500 000 Euro vorgesehen war, werden hierbei durch das Vorhaben „ENBF“ komplett ersetzt.
2. Das Vorhaben „KMU-Förderung“, für das bisher ein Darlehensbetrag vorgesehen ist, wird mit einem Betrag von 400 000 Euro und das Vorhaben „KMU-Förderung, Begleitmaßnahme“, für das bisher ein Finanzierungsbeitrag vorgesehen ist, wird mit einem Betrag von 350 000 Euro zugunsten des Vorhabens „ENBF“ reprogrammiert.

(2) Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Abkommens vom 1. April 2008 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Aserbaidschan über Finanzielle Zusammenarbeit 2006 – 2007 auch für das Vorhaben ENBF.

(3) Darüber hinaus wird unter Bezugnahme auf die Verbalnote der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Baku vom 23. Dezember 2011 und die Antwortnote der Regierung der Republik Aserbaidschan vom 16. Februar 2012 das in Absatz 1 genannte Vorhaben „KMU-Förderung, Begleitmaßnahme“ mit einem Betrag von 400 000 Euro zugunsten des in Absatz 1 ebenfalls genannten Vorhabens „KMU-Förderung“ reprogrammiert. Das Vorhaben „KMU-Förderung“ steht somit wieder bei einem Gesamtdarlehensbetrag von 5 000 000 Euro, das Vorhaben „KMU-Förderung, Begleitmaßnahme“ bei einem Finanzierungsbeitrag von 250 000 Euro.

(4) Die Zusagen der in Absatz 3 genannten Beträge entfallen, soweit nicht bis zum 31. Dezember 2012 die entsprechenden Darlehens- und Finanzierungsverträge geschlossen werden.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Republik Aserbaidschan der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitgeteilt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der Mitteilung.

Geschehen zu Baku am 28. November 2013 in zwei Urschriften, jede in deutscher und aserbaidshanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
H. Tempel

Für die Regierung der Republik Aserbaidschan
Samir Rauf ogli Scharifov